

Einer am Tag nach der Regierungserklärung durchgeführten Umfrage zufolge zeigten sich lediglich 2,4% der Befragten unzufrieden. Nur 6,5% äußerten ihre besondere Besorgnis über die öffentliche Sicherheit. Die Mehrheit der Befragten, 63,2%, drängte die Regierung, der langanhaltenden Arbeitslosigkeit mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Arbeitslosenquote pendelt seit 1999 um die 6,4%, zurzeit liegt sie bei 6%. Das Problem betrifft nicht nur ungelernete Arbeiter und Schulabbrecher, sondern auch Absolventen höherer Schulen und Universitäten.

Die Legislativversammlung führte am 25. November über den Entwurf für den Haushalt 2004 eine allgemeine Diskussion und Abstimmung, am 18. Dezember erfolgen Einzeldiskussionen und -abstimmungen. Der Etat in Höhe von 15,77 Mrd. MPtc (ca. 2 Mrd. US\$) wurde gebilligt, eine Zunahme um 1,66 Mrd. MPtc (=11,8%) im Vergleich zum Etat 2003 mit 14,12 Mrd. MPtc (1,77 Mrd. US\$). Macau hat keine öffentlichen Schulden. Der Haushalt basiert auf dem Gleichstand von Einnahmen und Ausgaben. Nach dem *Basic Law* ist die Regierung beim Entwurf des Haushalts dem Prinzip verpflichtet, „die Ausgaben in den Grenzen der Einnahmen zu halten und sich zu bemühen, einen Finanzausgleich zu erzielen, Defizite zu vermeiden und den Etat entsprechend der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zu gestalten“. (Kap.V, Art. 105) Macaus Reserven belaufen sich nur auf etwa 11 Mrd. MPtc, und die Gesamteinnahmen der Regierung sind nicht hoch, wenn man z.B. bedenkt, dass Luxemburg mit einer ähnlichen Bevölkerungszahl über einen fast dreimal so hohen Haushalt verfügt.

Von den für das Jahr 2004 erwarteten Einnahmen von 15,77 Mrd. MPtc machen Einnahmen der laufenden Rechnung 13,25 Mrd. MPtc (1,65 Mrd. US\$) aus (Etat 2003: 10,62 Mrd. MPtc) und Einnahmen der Kapitalabrechnung 60,5 Mio. MPtc (7,5 Mio. US\$) (Etat 2003: 853 Mio. MPtc). Steuern aus der Glücksspielindustrie bilden mit 62% wieder die größte Einnahmequelle der Regierung; sie werden für 2004 auf 9,76 Mrd. MPtc (1,2 Mrd. US\$) geschätzt, eine Zunahme um 31,2% gegenüber dem für 2003 gesetzten Ziel von 7,14 Mrd. Die an-

deren Regierungseinkünfte stammen u.a. aus Einkommens- und Grundsteuern, Aktien öffentlicher Versorgungsbetriebe, Verbrauch- und Aufwandsteuern, Stempelgebühren, Bodenverpachtung und Geldstrafen. Der Optimismus hinsichtlich der Glücksspielsteuern ist berechtigt, denn die Macau Gaming Holding Company (Sociedade de Jogos de Macau, SJM) erzielte in den ersten zehn Monaten diesen Jahres schon Einnahmen vor Steuern in Höhe von 22,4 Mrd. MPtc (2,8 Mrd. US\$). Nach dem Steuerabkommen mit der Regierung übersteigt der fällige Steuerbetrag für diesen Zeitraum bereits die 9 Mrd. MPtc (1,125 Mrd. US\$), die als Steuerziel für das gesamte Jahr anvisiert worden sind. Im letzten Jahr nahm die Regierung 7,5 Mrd. MPtc (937,5 Mio. US\$) an Glücksspielsteuern ein, was über die Hälfte des Haushalts ausmachte. Mit der Liberalisierung der Glücksspielindustrie im Frühjahr 2002 war der Anteil der von den Bruttoeinnahmen der Casinos abzuführenden Steuern von 31,8% auf 35% erhöht worden. Die laufenden Ausgaben der Regierung für 2004 wurden auf 9,43 Mrd. MPtc (1,1 Mrd. US\$) festgesetzt (2003: 8,70 Mrd. MPtc). Der Etat sieht einen Investitionsplan in Höhe von 3,57 Mrd. MPtc (446 Mio. US\$) vor (Etat 2003: 2,5 Mrd. MPtc). Mehr Geld sind auch für die Bereiche Bildung (plus 5,2%), Gesundheit (plus 4,9%) und öffentliche Sicherheit (plus 11%) eingeplant.

Zwischen dem 26. November und 5. Dezember stellten die fünf Minister der Legislativversammlung die Pläne für ihre Ressorts vor (Verwaltung und Justiz, Wirtschaft und Finanzen, öffentliche Sicherheit, soziale Angelegenheiten und Kultur sowie Transport und öffentliche Einrichtungen). Wirtschafts- und Finanzminister Francis Tam gab am 28. November die Richtlinien für seinen Bereich bekannt. Die hohe Wachstumsrate von 9% von 2003 wird 2004 voraussichtlich beibehalten werden können. Macau als eine Sonderverwaltungsregion konnte im Jahr 2000 das Negativwachstum umdrehen, 2002 gab es ein Rekordwachstum von 9,5%. Im ersten Quartal 2003 wurde ein Wachstum von 15,9% erreicht, bevor sich im März und April der Irak-Krieg und die SARS-Epidemie negativ auf die Wirtschaft auswirk-

ten. In der zweiten Jahreshälfte belebte sie sich dank der raschen Normalisierung im Tourismus- und Glücksspielsektor, sodass der jährliche BIP-Zuwachs wahrscheinlich über den zum Jahresbeginn vorausgesagten 5% liegen wird, teilte der Minister mit. Als stimulierende Elemente für den weiteren Wirtschaftsaufschwung nannte er den Abschluss des CEPA, die vom Festland beschlossenen Erleichterungen bei Einzelreisen nach Macau und Hongkong, die seit Juli wirksam sind, und die Erwartungen, die an die Errichtung der grenzüberschreitenden Exportverarbeitungszone zwischen Macau und Zhuhai geknüpft werden.

Edmund Ho flog am 2. November zur Berichterstattung nach Beijing. Staatspräsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao empfingen ihn am folgenden Tag und zeigten sich über die Arbeit der SVR-Regierung zufrieden. In den Bereichen öffentliche Sicherheit, Wirtschaftsentwicklung und Außenbeziehungen seien deutliche Verbesserungen erzielt worden, so der Staatspräsident. Der Ministerpräsident konnte Edmund Ho die erfreuliche Mitteilung machen, dass der Plan einer grenzüberschreitenden Exportverarbeitungszone vom Staatsrat genehmigt worden sei und mit dem Projekt in Kürze begonnen werden könne. Das Gebiet zwischen Macau Bezirk Ilha Verde und Zhuhais Hafen Wanzai umfasst 40 ha, 11 ha in Macau und 29 ha in Zhuhai. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 1., 17., 19., 25.11.03; www.macao.gov.mo/news, Zugriff am 21.11.03; www.al.gov.mo/cn/cn_main.htm, Zugriff am 25.11.03; www.macao.gov.mo/policyaddress2004.phtml?lang=cn, Zugriff am 21.11.03; www.macao.gov.mo/policy2004/chinese/ef04_cn.doc, Zugriff am 8.12.03; XNA, 14., 19., 20., 25., 28.11.03; SCMP, 28.11., 4., 5.12.03) -ljk-

Taiwan

26 Kiribati erkennt Taiwan an

Der Pazifikstaat Kiribati (90.000 Einwohner) hat unter seinem neuen Prä-

sidenten Anotong Taiwan diplomatisch anerkannt. Der Schritt kam für China offenbar überraschend. Kiribati hatte seit 1980 diplomatische Beziehungen zu Beijing unterhalten. Die chinesische Regierung beschuldigt Taiwan nun der Dollardiplomatie – erwartungsgemäß. Taiwan wies den Vorwurf zurück. Es ist allerdings offensichtlich, dass sich das vorwiegend aus Atollen bestehende Land, das nur vom Kopraexport lebt und fast die Hälfte seiner Nahrungsmittel importieren muss, von Taiwans Anerkennung materielle Vorteile verspricht. So wurde denn auch gleich bei der Bekanntgabe der neuen Beziehungen am 7. November angekündigt, dass eine taiwanische Delegation noch im November in Kiribati Möglichkeiten der technischen Hilfe in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und Handel erkunden werde. Nachdem Taiwan in der Amtszeit Chen Shui-bians mit Mazedonien, Nauru und zuletzt Liberia bereits drei einstige Verbündete verlor, kommt die Anerkennung durch Kiribati nun sehr gelegen – der einzige derartige außenpolitische Erfolg seit vier Jahren.

Der Wechsel der Anerkennung zugunsten Taiwans ist selten geworden, da Chinas Attraktivität und Leistungsfähigkeit immer mehr zunehmen. Interessant an diesem Fall ist, dass China drei Wochen brauchte, um aus der eigenen Ein-China-Doktrin die Konsequenzen zu ziehen und die diplomatischen Beziehungen abubrechen. Der Hintergrund ist, dass China seit 1997 auf Kiribati eine Satellitenkontrollstation unterhält, die für das Raumfahrtprogramm gebraucht wird. Taiwan sah sich durch die wochenlang bestehende Anerkennung zweier Chinas in einer ungewohnten Lage. Bislang reagierte man in Taipeh indigniert, wenn ein Verbündeter sich zur Anerkennung Beijings entschloss, und brach selbst die Beziehungen ab. Dieses Mal erklärte Außenminister Eugene Chien (Jian Youxin), von Seiten Taiwans würde man akzeptieren, wenn Kiribati zu beiden Seiten diplomatische Beziehungen unterhalte.

Wie dauerhaft der Erfolg für Taiwans Diplomatie sein wird, bleibt abzuwarten. In Kiribati stieß der Schritt bei der Opposition auf heftige Kritik. Wenigstens bis zum nächsten Amtswechsel dürfte die neue Verbindung aber

Bestand haben. Wie bei Taiwans Verbündeten fast durchweg der Fall, geht es dabei vor allem ums Prestige: Kiribati ist wie alle anderen wirtschaftlich und weltpolitisch unbedeutend. (Radio Australia, Melbourne, nach BBC PF, 7.11., 11.11., 12.11., 20.11.03; CNAT, nach BBC PF, 10.11., 19.11., 25.11.03; Radio New Zealand International, Wellington, nach BBC PF, 24.11.03; TT, 30.11.03) -hws-

27 Chen Shui-bian in Amerika: Anstieg in der Wählergunst

Eine Reise von Präsident Chen Shui-bian, die über New York – mit zweitägiger Zwischenstation – nach Panama zu den dortigen Hundertjahrfeiern führte, erwies sich als größter außenpolitischer Erfolg seit langem – wobei es freilich mehr um Protokollarisches als um Inhalte ging. Im Lande selbst stieg das Ansehen des Präsidenten jedenfalls beträchtlich.

Chen war am 31. Oktober in New York angekommen, wo er in einer Feierstunde den Preis der Internationalen Liga für Menschenrechte entgegennahm (vgl. C.a., 2003/10, Ü 36). Waren ihm beim ersten USA-Besuch im August 2000 noch jegliche öffentliche Auftritte, Empfänge und der Kontakt mit Kongressabgeordneten untersagt gewesen, waren dieses Mal (nach vorheriger Absprache über das American Institut in Taiwan) nahezu alle Beschränkungen entfallen. Chen

- grüßte eine große Schar von Anhängern vor seinem Hotel und schüttelte viele Hände,
- sprach mit Reportern,
- hielt Ansprachen sowohl bei der Preisverleihung als auch bei einem Abendessen, das örtliche Taiwan-Vereine ihm zu Ehren gaben,
- traf den amtierenden New Yorker Bürgermeister Bloomberg,
- hatte mit dem früheren Bürgermeister Giuliani einen öffentlichen Auftritt am „Ground Zero“ und
- traf mit 16 Kongressabgeordneten zusammen, die eigens seinetwegen aus Washington angereist waren.

Bemerkenswerter noch waren die Ehren, die ihm das Repräsentantenhaus ganz offiziell zuteil werden ließ: Es verabschiedete eine einstimmige Ent-

schließung, die ihn in den USA willkommen hieß. Mehrere Dutzend Abgeordnete und Senatoren schickten ihm darüber hinaus persönliche Willkommensbotschaften.

Damit nicht genug: Bei den Feiern zum 100. Jahrestag der Staatsgründung in Panama traf Chen auch zweimal mit US-Außenminister Powell zusammen. Zwar kam es zu keinem Vier-Augen-Gespräch, vielmehr tauschten die beiden im Kreise anderer Gäste bloß Nettigkeiten aus und schüttelten einander die Hand, gleichwohl fanden die Begegnungen höchste Aufmerksamkeit – sowohl in Taiwan als auch in Beijing, denn seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Beijing 1979 hatte kein Präsident Taiwans je mit einem so hochrangigen US-Politiker gesprochen. In Taiwan feierte man das Ereignis als „Durchbruch“ und als „historisch“ – reichlich übertrieben, schließlich ist eine Wiederholung nicht absehbar, und von der Substanz her war es eher ein gesellschaftliches denn ein politisches Ereignis. Die US-Regierung spielte es denn auch herunter: Es habe sich um Zufallsbegegnungen gehandelt. Chen allerdings desavouierte die amerikanische Seite, als er nach der Rückkehr enthüllte (oder doch zumindest behauptete), ihm sei ein Treffen mit Powell im Vorwege zugesagt worden. Beijing protestierte heftig: Chen manövriere Taiwan in gefährliche Untiefen.

Präsident Chen jedenfalls kann mit der Reise hoch zufrieden sein. Es war die mit Abstand beste, die er je unternahm. Zu Hause wurden ihm die Erfolge hoch angerechnet. In einer Telefonumfrage unter 1.074 Erwachsenen erklärten 87%, sie seien über den Auftritt ihres Staatsoberhauptes in den USA und Panama informiert. 63% der Befragten waren damit zufrieden (Unzufriedene: 18%), 62% glaubten, dass Chen mit seinem USA-Besuch die Verbindungen mit der Schutzmacht verbessert habe (keine Verbesserung: 26%). 65% erkannten eine Verbesserung des taiwanischen Erscheinungsbildes in Übersee.

Womöglich hat Chen damit auch seine Chancen auf eine Wiederwahl im kommenden März erhöht – falls der Effekt anhält. Erstmals jedenfalls schob er sich Mitte November in der Wäh-

lergunst an die erste Stelle vor: In einer anderen Umfrage erklärten 35% der Befragten, ihn wählen zu wollen, 34% entschieden sich für dem KMT-Kandidaten Lien Chan (Lian Zhan).

Während Chen die außenpolitische Aufmerksamkeit gelegen kommt (und Proteste aus Beijing angesichts dessen den Zuspruch aus der Bevölkerung nur stärken), ist nicht recht klar, was die US-Regierung veranlasst hat, Chen die Möglichkeit zu öffentlichkeitswirksamen Auftritten zu geben. Im Anti-Terror-Kampf jedenfalls wie auch wirtschaftlich, in Bezug auf die Nordkorea-Frage und unter etlichen weiteren Aspekten ist Wohlwollen auf Beijinger Seite für die USA von Vorteil. Dagegen gewinnt die US-Regierung durch Nettigkeiten gegenüber dem taiwanischen Staatsoberhaupt nichts – außer Ärger mit Beijing. Präsident Bush allerdings und seine Berater scheren sich auch auf anderen Sektoren ihrer Politik nicht sonderlich um die Meinung ihrer Partner – geschweige denn ihrer Nichtpartner, zu denen China zählt. Taiwan kann's freuen. Auch wenn eine Neuausrichtung der amerikanischen China-Taiwan-Politik nicht zu erkennen ist, deutet sich doch an, dass Washington auf diese Weise Beijing klar machen möchte, wo seine Sympathien liegen. (CNAT, nach BBC PF, 2.11., 3.11., 4.11.03; CNAT, nach TH, 3.11., 4.11., 5.11., 10.11.03; SCMP, 5.11., 11.11., 13.11.03; FT, 13.11.03) -hws-

28 KMT nun auch für neue Verfassung

Mit dem überraschenden Vorschlag, Taiwan eine neue Verfassung zu geben (vgl. C.a., 2003/9, Ü 33, 2003/10, Ü 37), hat Chen Shui-bian nun den Oppositionsführer und Mitbewerber für die Präsidentschaft Lien Chan in Zugzwang gebracht. Hatte Lien, der für die ehemalige Staatspartei KMT antritt, Chens Vorschlag zunächst als unsinnig abgetan und gesagt, für die KMT habe die Wirtschaftsförderung Priorität, überlegte er es sich Mitte November gründlich anders: Nun strebt auch er eine neue Verfassung an, die er, ebenfalls wie Chen, dem Volk zur Zustimmung vorlegen will. Da es sich nicht gut macht, den Konkurrenten zu ehren, indem man ihm

zustimmt, ging Lien noch zwei Schritte weiter: Erstens soll über die neue Verfassung nicht erst 2006, sondern schon Ende 2004 oder Anfang 2005 abgestimmt werden, zweitens warf er Chen – zu Recht – vor, nichts über die Art der neuen verfassungsrechtlichen Ordnung ausgesagt zu haben und forderte ihn zu einer Debatte darüber auf. Chen sagte zu.

Liens Zeitplan ist allerdings völlig unrealistisch: Obwohl die Debatte über eine neue staatliche Ordnung noch nicht einmal richtig begonnen hat und komplexe Sachverhalte zu erörtern sein werden, will Lien, dass alle Parteien bereits im Februar 2004 ihre jeweiligen Verfassungsentwürfe vorlegen. Dies wäre nicht nur eine viel zu kurze Zeit, es wäre auch ein wirksames Verfahren, eine neue Verfassung zu verhindern: Jede Partei würde für ihre Fassung kämpfen, und alle würden einander blockieren. Nötig wäre vielmehr ein gemeinsamer und in sich schlüssiger Verfassungsentwurf aller großen Parteien, der auf einen breiten Konsens gründen müsste, wenn die nötige Dreiviertelmehrheit im Parlament denn erreicht werden soll. Die Ausarbeitung eines solchen Entwurfs könnte nur durch ein gemeinsames Gremium aus Vertretern der großen Parteien und Verfassungsexperten gelingen und würde mit Sicherheit deutlich mehr als zwei, drei Monate erfordern.

Interessant ist allerdings, dass Lien überhaupt auf die von Chen Shui-bian vorgegebene Richtung eingeschwenkt ist. Ob dahinter eine gewandelte Überzeugung steht, ist nicht klar. Immerhin sieht es Lien erklärtermaßen als seine Aufgabe an, Chen davon abzuhalten, eine Verfassung für eine „Republik Taiwan“ vorzulegen. Ansonsten dürften Wahlkampfüberlegungen die Hauptrolle gespielt haben. Nur so ist der Zeitpunkt des Schwenks erklärlich: Er erfolgte in dem Moment, in dem Chen in Meinungsumfragen zur kommenden Wahl an seinem Konkurrenten vorbeizog, und nur erheblicher Hast ist wohl zu schulden, dass Lien einen offenkundig unausgegorenen Verfahrens- und Zeitplan vorlegte. (TT, 16.11., 17.11., 19.11.03; ST, 17.11., 21.11.03; TH, 18.11., 19.11.03)

Lien Chans Mitstreiter James Soong (Song Chuyu), der für die Vizepräsi-

dentschaft vorgesehen ist und der dem KMT-Ableger PFP vorsitzt, mochte Liens plötzlichen Schwenk übrigens nicht richtig mitmachen. Er erklärte, es genüge, an der derzeitigen Verfassung Ergänzungen vorzunehmen. Allerdings dürften die auch nach seinen Vorstellungen eher größer ausfallen, denn immerhin will er die vierte und fünfte Gewalt (Prüfungs- und Kontroll-Yuan), die es nach der geltenden Verfassung gibt, abschaffen und in eine allgemein übliche Drei-Gewalten-Verfassung einbauen. (CNAT, nach BBC PF, 23.11.03; TT, 24.11.03) -hws-

29 Parlament verabschiedet Referendumsgesetz

In einer zweitägigen Sondersitzung verabschiedete das Parlament mit den Stimmen der Oppositionsmehrheit Ende November ein Referendumsgesetz – nach Monaten der Debatte. Abzustimmen war über drei Entwürfe: einer von der DPP-Fraktion, den auch die Regierung unterstützte, ein gemeinsamer von den zwei großen Oppositionsparteien KMT und PFP sowie ein weiterer, den ein DPP-Parlamentarier ausgearbeitet hatte und für den sich vor allem die kleine Union für Taiwan-Solidarität (TSU) stark machte.

Die Verabschiedung des Gesetzes bedeutet eine Genugtuung für Präsident Chen, der sich vehement für ein Recht auf Volksabstimmungen eingesetzt hatte. Mit dem Ergebnis kann er allerdings nur partiell zufrieden sein. Während er sich Zurückhaltung im Urteil auferlegte, äußerten sich Mitglieder der Regierungspartei enttäuscht. So haben nur zwei Instanzen das Recht auf eine Referendumsinitiative: das Volk selbst, das für einen Referendumsantrag im ersten Schritt 75.000 und im zweiten Schritt 750.000 Unterschriften aufzubringen hat, bzw. der Legislativ-Yuan. Dieser behält sich mittels eines entsprechenden Referendumsausschusses vor, Referendumsanträge zu prüfen; über solche, die auf eine Änderung des Staatsnamens und der Staatssymbole zielen, müsste beispielsweise erst mit Dreiviertelmehrheit im Parlament abgestimmt werden. Die Exekutive hat laut Gesetz kein Recht, eine Volksab-

stimmung herbeizuführen, und es wird dem Regierungschef ausdrücklich bis zu drei Jahren Gefängnis angedroht, sollte er diese Bestimmung in irgendeiner Weise umgehen wollen. Die letztgenannte Bestimmung zielt direkt gegen Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun), der bislang ein „konsultatives Plebiszit“ auch ohne gesetzliche Grundlage hatte durchführen wollen. Eine Abstimmung über Taiwans internationalen Status wird nur für den Fall erlaubt, dass der Staat unmittelbar bedroht wird. Dann – und nur darüber – kann der Präsident ein Plebiszit anberaumen.

Mitglieder der Opposition wiesen auf eine Reihe von Widersprüchen in dem Gesetz hin. Auch bestehen Zweifel daran, dass es durchgehend verfassungsgemäß ist. Die Regierung erwägt deswegen, von den obersten Richtern ein Gutachten einzuholen. Vorgeschlagen wurde auch, das erste Referendum dazu zu nutzen, das Referendumsgesetz wieder zu kippen oder in ihrem Sinne abzuändern. Ein Beschluss darüber wurde aber bis Monatsende nicht gefasst. (CNAT, nach BBC PF, 27.11., 28.11., 29.11.03; NZZ, 28.11.03)

Die Verabschiedung des Gesetzes erregte ungewöhnliches internationales Aufsehen – vor allem wegen der möglichen chinapolitischen Implikationen. Aus China waren bereits im Vorwege ernsteste Warnungen an Taiwans Adresse zu vernehmen. Erstmals seit etwa zwei Jahren wurde Taiwan wieder mit einer militärischen Intervention für den Fall einer Unabhängigkeitserklärung gedroht – obwohl eine solche gar nicht zur Debatte steht und keine unmittelbare Folge eines Volksabstimmungsgesetzes darstellt, vor allem nicht, wenn, wie hier der Fall, eine Unabhängigkeitserklärung per Plebiszit ausgeschlossen wird, sofern keine unmittelbare Gefahr droht. Allerdings ist man in Beijing schon nervös wegen Präsident Chens Plans, der Inselrepublik eine neue Verfassung zu geben. Es muss die chinesische Regierung in der Tat verwirren, dass nun auch die Opposition, mit der man bis zu den letzten Parlamentswahlen recht nachdrücklich geflirt hatte, bei der Referendumsgesetzgebung mitmachte und dann auch noch auf die Linie des Präsidenten in Sachen neuer Verfassung einschwenkte (s. obige Übersicht). Er-

neut zeigt sich hier die Unfähigkeit Beijings, mit demokratischen Prinzipien zurechtzukommen, zudem ist man dort in einer misslichen Lage: Droht man, fördert man – wie die Vergangenheit lehrt – das Zusammengehörigkeitsgefühl der Taiwaner und damit die Wahlchancen der Unabhängigkeitsorientierten, also gerade jener, die man als Spalter der Nation verdammt. Droht man aber nicht, gehen die Dinge ungehindert ihren Gang zu mehr Demokratie und mehr taiwanischem Selbstbewusstsein. Präsidentenschaftsbewerber Lien Chan hat Präsident Chen schon gewarnt, China zur Erhöhung seiner Wahlchancen zu sehr zu provozieren, aber nun hat das Referendumsgesetz dem Staatsoberhaupt eine neue Trumpfkarte in die Hand gegeben: Er wird versuchen, wie angekündigt, die Präsidentenwahl mit der Durchführung eines Referendums zu verbinden. Darin soll es um ein Thema gehen, dass China zu starken Reaktionen geradezu zwingen wird: Taiwans von Beijing heftig bekämpfte Mitgliedschaft in der Weltgesundheitsorganisation. (Vgl. C.a., 2002/8, Ü 43, 2003/6, Ü 41) (SCMP, 19.11.03; NZZ, 20.11.03; FAZ, 20.11.03; ST, 27.11.03)

Unklar ist freilich, ob es technisch möglich sein wird, bis zum Wahltermin am 20. März 2004 eine solche Volksabstimmung zu organisieren. Schon zwei Wochen vor der Abstimmung über das Referendumsgesetz hatte der Vorsitzende der zentralen Wahlkommission dies für nahezu ausgeschlossen erklärt. (CNAT, nach BBC PF, 13.11.03) -hws-

Übersichten Online

Eine Auswahl der Übersichten dieser Zeitschrift können Sie auch **kostenlos** online lesen.

Auf der **Homepage des Instituts für Asienkunde** (www.duei.de/ifa) finden Sie unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“ die Inhaltsverzeichnisse aller Ausgaben dieser Zeitschrift seit 1999 sowie jeweils ausgewählte Übersichten im Volltext seit Ende 2000.

Auf der **Homepage des Hamburger „Haus der Aussenwirtschaft“** (www.aussenwirtschaftszentrum.de) finden Sie unter dem Menüpunkt „Aktuelles und Analysen“ auch wirtschaftsbezogene Übersichten aus dieser Zeitschrift. Hier können Sie darüber hinaus eine gezielte Suche in der Archiv-Datenbank des „Hauses“ vornehmen.